

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheitswesen (MA 15)

Die Tätigkeitsbereiche der MA 15 werden von 22 Referaten und 18 Bezirksgesundheitsämtern (zusammengefasst in fünf Dezernaten), dem Projekt Bezirks- und Impfstellen „NEU“, der Ethikkommission der Stadt Wien und drei Stabsstellen durchgeführt. Mit Stand 31. Dezember 2003 waren insgesamt 892 Bedienstete (davon 281 Ärzt/innen) beschäftigt. Die Leistungen aller Stabsstellen standen ganz im Zeichen der vorzubereitenden Planung zur Fusion der MA 15 mit Bereichen der MA 12 bzw. MA 47.

Technischer Fortschritt biomedizinischer Praxis in Verbindung mit einer ungeahnten Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten sowie eine zunehmende Pluralität von Wertvorstellungen und Wertprioritäten geben die Bedingungen vor, unter denen neue ethische Fragestellungen an die Medizin herangetragen werden. In diesem Spannungsfeld gibt die **Ethikkommission der Stadt Wien** durch Beratung und Beurteilung medizinischer, ethischer und rechtlicher Aspekte bei der Durchführung klinischer Prüfungen sowie bei der Durchführung neuer medizinischer Methoden dem Arzt/der Ärztin – unbeschadet seiner/ihrer Verantwortlichkeit für das Forschungsvorhaben – Hilfe und Orientierung. Die Ethikkommission der Stadt Wien hat die Aufgabe, unter Beachtung der „Guideline for good clinical practice“ und der Deklaration von Helsinki zu beurteilen, ob die Rechte und die Integrität der an einer bestimmten klinischen Prüfung bzw. neuen medizinischen Methode teilnehmenden Versuchspersonen ausreichend geschützt werden. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Zahl der Anträge in der Ethikkommission der Stadt Wien jedes Jahr leicht ansteigt (2001: 88, 2002: 141, 2003: 154). Dem steigenden Trend der eingelangten Anträge folgend, steigen auch die Einnahmen für die MA 15 leicht an. Für 2003 konnten Einnahmen in der Höhe von 197.990,55 EUR verzeichnet werden. Die Einnahmehöhe lag deutlich über dem veranschlagten Wert.

Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** wurde die **Internetdarstellung** der Abteilung komplett neu strukturiert und online gestellt. Für **E-Government** wurden vier Projekte abgeschlossen: Impf-Erinnerungs-Service, elektronische Terminvereinbarung für Jugendzahnkliniken, Gesundenuntersuchung und Gesundheitsberatung. Im Rahmen der Kampagne „**Schau auf dich**“ fanden 132 Veranstaltungen statt. Mehrere neue Folder, Broschüren und Plakate wurden aufgelegt, u. a. eine Neuauflage des „**Wiener Gesundheitspasses**“ mit einer begleitenden Plakataktion unter dem Motto „30 Jahre Wiener Gesundheitspass“. Es wurden Vorträge im Rahmen der MD-VA und in Zusammenarbeit mit der MD-BG abgehalten und die mediale Umsetzung der Dienstleistungen in verschiedenen Printmedien durchgeführt.

Als außerordentlich öffentlichkeitswirksam konnte die MA 15 folgende Projekte realisieren: Den „**Wiener Allergie-Garten**“ im Kurpark Oberlaa und den „**1. Wiener Ernährungstag**“ im Rathaus. Zur Umsetzung des EU-INTERREG IIIA/PHARE CBC-Projektes „**Gesundheitsnetzwerk Wien – Bratislava**“ wurden mehrere Publikationen (Behinderten- und Gesundheitswesen in der Slowakei, Infoletter) herausgebracht und zwei Symposien sowie mehrere Workshops im Berichtsjahr abgehalten.

Behördliche Aufgaben

Zum Themenbereich der **Infektionskrankheiten** wurde im Jahr 2003 im Zusammenhang mit dem weltweiten Thema „Bedrohung durch Bioterrorismus“ (Pocken) am österreichweiten Pockenalarmplan des Bundesministeriums mitgearbeitet und darauf basierend ein interner Leitfadens ausgearbeitet. Weiters wurde nach Einführung der Meldepflicht für **SARS** (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) nach dem Epidemiegesetz das Management der SARS-Problematik für Wien durchgeführt.

Die Anzahl der gemeldeten Infektionskrankheiten (außer Tbc und Geschlechtskrankheiten) ist insgesamt weiterhin angestiegen (2002: 3.373, 2003: 3.582). Ein Anstieg der Erkrankungszahlen war bei fast allen Erkrankungen festzustellen. Insbesondere die Zahl der gemeldeten Hepatitisfälle ist von 343 auf 582 angestiegen, wobei alle Formen einen Anstieg zeigen. Bei der bakteriellen Lebensmittelvergiftung ohne Shigellen war ein geringer Abfall und bei den Shigellen ein Anstieg der gemeldeten Erkrankungen festzustellen.

Das umfangreiche **Impfprogramm** der MA 15 wurde weitergeführt. Eine deutliche Steigerung konnte bei der Influenzaimpfung erreicht werden. In der **Desinfektionsanstalt** wurden insgesamt 10.425 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt. Die Anzahl der Kopfentlausungen ist im Vergleich zum Vorjahr um weitere 274 angestiegen, das bedeutet einen Anstieg um 3,7 Prozent.

Im Zusammenhang mit der **Tuberkulosebekämpfung**, welche diagnostische, prophylaktische und seuchenhygienisch erforderliche Maßnahmen umfasst, waren im Jahr 2003 rund 415.000 Personenkontakte erforderlich. Die intensive Betreuung von an ansteckender Tuberkulose erkrankten Personen durch Sozialarbeiter/innen und die verstärkte Suche nach den Ansteckungsquellen führte in einem Schulzentrum zur Aufdeckung von insgesamt fünf ansteckenden Tuberkulosen und 40 angesteckten Personen mit erhöhtem Erkrankungsrisiko.

Die **Geschlechtskrankheiten** zeigten in Wien im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um 9 Prozent. Der Rückgang war am

deutlichsten bei der Gonorrhoe der Frauen (25 Prozent) und bei der Lues der Männer (22 Prozent). Im Berichtsjahr wurde das Projekt „STD-Screening im Polizeianhaltezentrum (PAZ)“ weitergeführt. Weitere Schwerpunkte der STD-Aufklärungsarbeit waren Streetwork, teils auch während der Nachtstunden in der Szene der nicht registrierten Prostituierten, zielgruppenorientierte STD-Beratung auf Veranstaltungen wie dem Life-Ball sowie allgemeine STD-Beratung im Rahmen des Bürgerbusses in verschiedenen höheren Schulen.

Im Rahmen der **sanitären Aufsicht** erfolgten im Jahr 2003 61 Überprüfungen in bettenführenden Krankenanstalten und 110 in selbstständigen Ambulatorien. Außerdem wurden 115 Visitationen von Apotheken, 49 Drogerien, fünf Arztordinationen, vier Blutspendeinrichtungen (inklusive Mobiler Blutspendeaktionen) vorgenommen und bei der Überprüfung von 32 Behindertenheimen und 60 Wohn- und Pflegeheimen mitgewirkt.

Über Auftrag der amtsführenden Stadträtin für Gesundheits- und Spitalswesen wurden sämtliche geriatrische Versorgungsbereiche des SMZ Baumgartner Höhe – Otto Wagner Spital mit Pflegezentrum überprüft. Durch eine Änderung der Geschäftseinteilung wurde der MA 15 im September 2003 die Aufsicht über städtische und private Wohn- und Pflegeheime übertragen und in der Folge zahlreiche weitere Überprüfungen von Pflegeeinrichtungen durchgeführt.

Die Amtsärzt/innen des Referats wurden überdies vom Dezernat II der MA 15 routinemäßig als Sachverständige zu Bewilligungsverfahren von diversen Einrichtungen des Gesundheitswesens eingebunden. Entsprechend dem Strahlenschutzgesetz wurden in 106 Verfahren zur Änderung, Errichtung und zum Betrieb von Strahlenanlagen und bei Überprüfungen der Strahlenbetriebe darauf geachtet, dass die Vorschriften zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen eingehalten werden.

In der MA 15 erfolgt die Ausgabe bzw. der Versand der Suchtgiftrezeptformulare für verschreibende Ärzte/innen in ganz Wien, wobei im Berichtsjahr 68.491 Dauerverschreibungen und 90.753 Suchtgiftrezeptformulare ausgegeben wurden.

Im Rahmen der **Aufsicht über die Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen** wurden in insgesamt 132 bewilligten Ausbildungen 340 Prüfungs- bzw. Aufnahmekommissionen wahrgenommen. In diesen Ausbildungsstätten haben 3.412 Personen eine Ausbildung abgeschlossen. Die Informationsbroschüre „Ausbildungen in den Gesundheitsberufen in Wien“ wurde für eine Neuauflage Anfang 2004 überarbeitet. Die seit 2002 bestehenden **Internetseiten** mit Hinweisen zum Referat und zu den Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen wurden laufend aktualisiert. Seit November 2003 ist die Antragstellung auf Aus-

stellung eines Berufsausweises gem. § 10 GuKG für Gesundheits- und Krankenpflegepersonen online möglich.

Im Rahmen der **Mitwirkung bei der Sicherung und der Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Wien** wurde die seit 1976 bestehende Kreditaktion der Stadt Wien zur Förderung der Niederlassung von Ärzten/innen für Allgemeinmedizin fortgeführt (12 Anträge, alle befürwortet).

Im Rahmen eines Projekts für die Neukonzeptionierung der **Physikatsausbildung** haben im 1. Halbjahr 2003 mehrere Besprechungen stattgefunden. Seit Herbst 2003 wird die Agenda betreffend die Durchführung des Wiener Physikatskurses von der MA-L wahrgenommen.

Rechtsangelegenheiten

Schwerpunkte der Tätigkeit auf dem Gebiet **Sanitätsrecht** waren Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und dem Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, dem Strahlenschutzgesetz, dem Apothekengesetz, dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz und dem Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, Berufungsverfahren und sonstige **Ärzteangelegenheiten** nach dem Ärztegesetz 1998 sowie Verfahren betreffend die Aufsichtspflicht über die Ärztekammer für Wien, Verfahren betreffend Krankenpflegepersonen, Hebammen und andere medizinische Gesundheitsberufe, Ausarbeitung von Stellungnahmen und Berichten sowie die Begutachtung und Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Ein neuer Arbeitsbereich des Dezernates II in der Wahrnehmung der Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Suchtmittelgesetz wurde eingeführt. Ein wesentlicher Arbeitsaufwand war die Vorbereitung und Durchführung der Wahl für die Vollversammlung der Ärztekammer für Wien im Jahr 2003.

Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Im Jahr 2003 wurden die internen und externen Begutachtungen zu Entwürfen für ein neues **Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetz** und für ein **Wiener Heimgesetz** durchgeführt. An der Erstellung von Durchführungsverordnungen zu diesen Gesetzen, die insbesondere Mindeststandards enthalten sollen, wurde intensiv gearbeitet. Weiters wurde der Entwurf eines **Wiener Landessanitätsratsgesetzes** ausgearbeitet und nach Durchführung eines internen und externen Begutachtungsverfahrens im November 2003 im Wiener Landtag beschlossen. Damit hat das Land Wien seine Kompetenz zur Erlassung von Organisationsvorschriften für dieses wichtige Gremium in Anspruch genommen und eine zeitgemäße Rechtsgrundlage geschaffen. Ausgearbeitet wurden Entwürfe für ein neues **Wiener Heilvorkommen- und Kuranstaltengesetz** und für ein neues **Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz** sowie eine Durchführungsverordnung zum

neuen Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz. Zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 wurde eine Novelle ausgearbeitet und eine interne Begutachtung durchgeführt. Der Entwurf einer Verordnung eines **Wiener Krankenanstaltenplans** wurde einem internen und externen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Das Dezernat II war auch mit Vorarbeiten für eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zur Sicherstellung von Patientenrechten (**Patientencharta**) befasst. Fortgesetzt wurden die Arbeiten für eine neue Rattenverordnung. Vorbereitet wurden Verordnungen zur Festsetzung von Gebühren für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten, den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst und die Pflegeheime der Stadt Wien.

Schwerpunkt der Tätigkeit auf den Gebieten **Sozialversicherung und Sozialrecht sowie Arbeitsrecht** waren Einsprüche gegen Bescheide der Sozialversicherungsträger, Berufungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz, Wiener Pflegegeldgesetz, Behindertengesetz 1986 und Studienförderungsgesetz, Begutachtungen von Gesetzbzw. von Verordnungsentwürfen sowie Stellungnahmen und Berichte für Internationale Organisationen.

Auf Grund einer Änderung der Geschäftseinteilung ist die MA 15 seit 1. Jänner 2003 für die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen nach § 29b Straßenverkehrsordnung 1960 zuständig. Im Berichtsjahr wurden 779 Ausweise ausgestellt und abgeholt sowie 106 Duplikate angefertigt.

Die Mitarbeiter der **Physikalisch-Technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin** waren als Experten auf den Gebieten des Strahlenschutzes und der Elektromedizin als Amtssachverständige in Bewilligungsverfahren und bei Überprüfungen von Krankenanstalten, Ordinationen und Gewerbebetrieben tätig. Auf Grund des Erlasses GZ.32.240/2 -IX/11/2001 vom 3. Juli 2001 über qualitätssichernde Maßnahmen wurde verstärkt Augenmerk auf die Durchführung von Abnahme- und Konstanzprüfungen gelegt. Als akkreditierte Prüfstelle wurden in dem Fachbereich Radiologie und Elektromedizin zahlreiche Gutachten und Prüfberichte erstellt. Im Rahmen der Überwachungstätigkeit von strahlenexponierten Personen sind ca. 100.000 Personendosimeter von Krankenanstalten, Radiolog/innen, Zahnarzt/innen und Gewerbebetrieben ausgewertet worden.

Die Organisation und Durchführung der **Heimaufsicht** wurde Ende 2003 in das Dezernat II eingegliedert.

Begutachtungen

Durch Amtssachverständige verschiedener medizinischer Fachrichtungen werden sowohl für Behörden I. als auch II. Instanz medizinische Sachverständigengutachten entsprechend dem Standard zertifizierter Gerichtsgutachter erstellt.

In der **Amtsärztlichen Begutachtungsstelle** wurden im Jahre 2003 insgesamt 7.318 Begutachtungen durchgeführt, in deren Rahmen zusätzlich insgesamt 2.089 diverse Laborparameterbestimmungen vorgenommen wurden. Weiterhin dominieren zahlenmäßig die Überprüfungen der Dienstfähigkeiten. Das Jahr 2003 stand vor allem im Zeichen der Vorarbeiten für die unmittelbar bevorstehende Implementierung einer neuen EDV-Software auf ELAK-Basis. Seit Jänner 2003 werden im Auftrag der MA 20 Untersuchungen zwecks Niederlassungsbewilligung - Ausnahme von Integrationsvereinbarungen durchgeführt. Die zweitinstanzlichen Begutachtungen nach § 2 Abs. 1 Behinderteneinstellungsgesetz liefen aus.

Im Jahr 2003 wurden im Referat VI/2 insgesamt 1.443 **neuro-psychiatrische bzw. psychologische Begutachtungen** durchgeführt, wobei nach wie vor die Beurteilung der Arbeits- bzw. Dienstfähigkeit im Vordergrund der Anfragen steht, aber auch Untersuchungen mit anderen Fragestellungen durchgeführt wurden.

In den Wiener Schulen werden projektbezogen prophylaktische Reihenuntersuchungen durch Fachärzt/innen für Orthopädie durchgeführt. Diplomsozialarbeiter/innen sind weiterhin im Verbindungsdienst zu den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder sowie zu den orthopädischen Spitalsabteilungen tätig. Ebenso besteht ein therapeutisches Betreuungsangebot für die Kinder der Sonderschulen für Körperbehinderte.

Im Rahmen des Wiener Pflegegeldgesetzes wurden 4.901 Begutachtungen für die Einstufung der Antragsteller in einer der im Gesetz vorgesehenen 7 Pflegegeldstufen durchgeführt. Weiters wurden 163 ausführliche schriftliche Stellungnahmen im Rahmen des Parteienghört verfasst.

Die Arbeit der **Jugendzahnkliniken der Stadt Wien** dient der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter. Sie erfüllen Aufgaben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin (Zahnputzunterricht, Zahnfleischbehandlungen) als auch der kurativen Medizin (vor allem Füllungen, Extraktionen, Wurzelbehandlungen, Operationen in Narkose, Zahnregulierungen). Im Berichtsjahr wurden 7.454 konservierende chirurgische Behandlungssitzungen und 5.976 kieferorthopädische Behandlungssitzungen durchgeführt.

Bezirksgesundheitsämter (BGÄ)

In den 19 Bezirksgesundheitsämtern - bzw. ab September 2003 18 Bezirksgesundheitsämtern durch Zusammenlegung des BGA 2 mit dem BGA 20 - wurden im Berichtsjahr ca. 104.000 Impfungen verabreicht und rund 56.000 Suchtgiftdauer verschreibungen vidiert. In 133 selbständigen Ambulatorien wurde von den Amtsärzt/innen eine sanitäre Aufsicht nach dem Krankenanstaltengesetz und knapp 370 Überprüfungen nach dem Strahlenschutzgesetz in Ordinationen und Ambulatorien durchgeführt.

Gesundheits- und Spitalswesen

Im Rahmen der Meldepflicht für Infektionskrankheiten nach dem Epidemiegesetz wurden rund 4.800 Anzeigen bearbeitet und in umwelthygienischen Fragen ebenfalls knapp 3.500 Anfragen beantwortet. Der seit 1971 etablierte **Wiener Grippemeldedienst** wurde auch im Berichtsjahr unter Mitwirkung von etwa 30 Meldepraxis-Ärzt/innen in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt. In der **Impfstelle für Auslandsreisende** erhielten rund 30.000 Personen ca. 42.000 Impfungen (vorwiegend Reiseimpfungen). Für Malaria-Prophylaxe und Notfalltherapie wurden 5.600 Rezepte ausgestellt.

Ein Hauptgebiet des **Instituts für Umweltmedizin der Stadt Wien** ist die Durchführung von Wasseruntersuchungen (Trink-, Grund- und Oberflächenwasser, stehende und fließende Gewässer, Badewasseruntersuchungen, Abwässer, Klärschlämme, Dialysewässer, Injektabilia nach AMG, etc.). Außerdem arbeitet es in den Bereichen Radiologie, Schwermetallanalytik, Toxikologie, Legionellen-, Salmonellen- und Tuberkulosedagnostik, Umweltvirologie, Krankenhaushygiene sowie Sterilisatorenüberprüfung. Das Institut befindet sich im organisatorischen Umbruch und bereitet sich auf die logistisch und planerisch anspruchsvolle Übersiedlung in Räume im Arsenal vor.

Gesundheitsdienste

Die MA 15 leistete wie jedes Jahr ihren Beitrag zu Agenden des **Krisenmanagements** der Stadt Wien.

Zur **Gesundheitsvorsorge für Erwachsene** werden Vorsorgeuntersuchungen für Personen ab dem vollendeten 19. Lebensjahr nach dem so genannten „Wiener Programm“ an Untersuchungsstellen und in Betrieben angeboten. Die Vorsorgeuntersuchungen für Betriebe und das seit 2001 bestehende Angebot der „aufsuchenden Vorsorgeuntersuchung für Magistratsabteilungen“ verzeichnen weiterhin sehr hohe Akzeptanz.

Die Tätigkeit der **Wiener Gesundheitsberatung** beruht auf den 3 Säulen: Information, Multiplikation und Kanalisation. Die Stelle ist als Informationsdrehscheibe konzipiert mit der Möglichkeit der Erstberatung zu Gesundheitsthemen mit den Schwerpunkten Rauchen, Ernährung, Wetterfühligkeit, Pollenallergie, Stress und Umweltreize.

Die Leistungen zur **Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind** beinhalten vor allem den ärztlichen Dienst an den Elternberatungsstellen der MA 11, Entwicklungsdiagnostik, Familienhebammen, Seh- und Hörtests bei Kindergartenkindern, Begutachtungen bei Antrag auf den Bezug von Pflegegeld bei Kindern, die sanitäre Aufsicht über Kindertagesheime und Kinderheime und den ärztlichen Dienst in den Kindertagesheimen der Stadt Wien.

Der **Schulärztliche Dienst** an den Wiener öffentlichen Pflichtschulen und den Wiener Berufsschulen bietet Betreuung der Schüler/innen mit den

Schwerpunkten Untersuchung, Impfung und Beratung. Das ärztliche Beratungs- und Betreuungsangebot, z. B. der Elternberatungsstellen oder des schulärztlichen Dienstes, gilt der medizinisch und psychohygienischen Prophylaxe im Kindes- und Jugendalter. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen und Einrichtungen gelingt es, auch soziale Randgruppen zu erreichen, wodurch die gesundheitliche Basisbetreuung dieser Alters- und Zielgruppe sichergestellt wird.

Pflege und Betreuung (MA 47)

Die Abteilung ist Teil des Gesundheitswesens und für die Bereitstellung gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Hilfe für pflege- und betreuungsbedürftige Personen aller Altersgruppen zuständig. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt bei den älteren Wiener/innen. Rechtliche Grundlage sind das Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) und das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG). Das WSHG normiert einen Rechtsanspruch der Pflege im Rahmen der Sicherung des Lebensbedarfs und das Angebot und die Organisation Sozialer Dienste als Kannleistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Sozialhilfeträgers. Mit beiden Aufgaben ist die Abteilung nach der Geschäftseinteilung betraut. Insgesamt hat die Abteilung im Jahr 2003 rund 395 Mio. EUR netto aufgewendet. Die Budgetverantwortung bedingt die strategische Steuerung der verschiedensten Pflege- und Betreuungsdienste. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden den politischen Vorgaben entsprechend verteilt. Die Durchführung der Leistung obliegt weitgehend privaten Wohlfahrtsorganisationen, die über Vertragsverhältnisse mit der Abteilung verbunden sind und die für die von der Abteilung beauftragten Leistungen Kostenersätze erhalten. Eine Kernaufgabe der Abteilung besteht darin, den Bedarf der Pflege- und Betreuungsbedürftigen im Einzelfall zu prüfen, zu beraten, im Sinne der Selbsthilfe anzuleiten und die Leistungen dem Bedarf entsprechend zu organisieren. Diese Kernaufgabe wurde den Servicebereichen der Abteilung, dem **Sozialruf Wien**, der **Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime** und den **Gesundheits- und Sozialzentren** übertragen.

Die Abteilung bietet aber auch selbst Pflege und Betreuung mit eigenem Personal an. Die Eigenleistung betrifft den Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege, die entsprechend den Bestimmungen des ASVG auf der Basis eines Vertrages mit den Krankenversicherungsträgern erbracht wird. Weiters werden von der Abteilung Geriatrische Tageszentren betrieben.

Darüber hinaus wurde eine für Akutmaßnahmen zuständige Vorfelddorganisation aufgebaut, um kurzfristig – insbesondere bei Gefahr im Verzug – Dienstleistungen schon vor der regulären Pflege und Betreuung anbieten zu können. Die **Bedarfsprüfung** und **Vorfelddorganisation** der Hilfeleistungen erfolgen dezentral. Anlaufstellen sind die jeweils für durchschnittlich rund 150.000 Einwohner zuständigen Gesundheits- und Sozialzentren, welche die Beratung, Bedarfsprüfung und Erstversorgung organisieren. Darüber hinaus

werden in den Gesundheits- und Sozialzentren eine Reihe von Bezirks- und Regionsaktivitäten gesetzt, um dem spezifischen, demografisch bedingten Bedarf entsprechen zu können. Das WHHG regelt den Betrieb der Heimhilfe, welche durch private Organisationen angeboten wird. 96 Prozent aller in dieser Form erbrachten Heimhilfeleistungen werden durch die Abteilung beauftragt. Zusätzliche Arbeitsschwerpunkte aus der Sicht der Gesamtabteilung ergaben sich im Jahr 2003 aus der Strukturreform „Soziale Sicherheit in Wien“ und der in diesem Zusammenhang geplanten Umgestaltung der Abteilung zur MA 15 A sowie durch die Kontrollamtsprüfung der Gesundheits- und Sozialzentren.

Die Gesundheits- und Sozialzentren (GSZ)

Gesundheits- und Sozialzentrum	Klient/innen 2003
Innere Stadt/Leopoldstadt/Brigittenau	2.933
Favoriten	3.497
Geibelgasse	2.979
Ottakring/Hernals	2.375
Meidling/Hietzing/Liesing	2.898
Erdberg/Simmering	2.065
Donaufeld	3.178
9/18/19	2.080

In Betrieb sind sieben GSZ für die Bezirke 1, 2 und 20, die Bezirke 3 und 11, die Bezirke 4, 5 und 10, die Bezirke 6, 7, 14 und 15, die Bezirke 8, 16 und 17, die Bezirke 12, 13 und 23 und die Bezirke 21 und 22. Das GSZ für die Bezirke 9, 18 und 19 ist in Planung.

Geriatrische Tageszentren

Im Mai 2003 wurde mit dem Geriatrischen Tageszentrum in Favoriten die siebente derartige Einrichtung der Stadt Wien in Betrieb genommen. Damit können in den Tageszentren der Abteilung pro Monat mehr als 550 Personen betreut werden (gemeinsam mit den privaten Trägern geriatrischer Tageszentren rund 914). Neben den sieben Zentren der Stadt Wien stehen den Wiener/innen noch zehn von privaten Trägern geführte und durch die Stadt Wien geförderte Geriatrische Tageszentren zur Verfügung. Gemeinsam wurde eine Werbekampagne für sämtliche Tageszentren in Wien initiiert. Dafür konnten prominente Vertreter von Kunst und Kultur wie Dagmar Koller, Prof. Hademar Bankhofer und Karl Merkatz gewonnen werden.

Fachbereich Sozialarbeit

Im Zusammenhang mit der Prüfung des Kontrollamts, den Erhebungen im Zuge der Strukturreform und der Studie zur Sozialarbeit an Krankenanstalten konzentrierten sich die Gespräche und Berichte auf die Reflexion und Darstellung der Entwicklungen des Fachbereichs in den letzten Jahren bzw. auf Diskussionen zu notwendigen strukturellen Veränderungsprozessen. Auswertungen zum Kontaktbesuchsdienst 2001 und 2002 wurden erstellt und mit Kooperationspartnern hinsichtlich der Bedarfslagen älterer Menschen diskutiert. Zu Klient/innen in Geri-

atriezentren wurden Auswertungen erstellt und dabei erstmals besachwalterte Klient/innen erfasst. Das WHO-Projekt „Aktiv ins Alter“, ein eng mit den GSZ kooperierendes Vernetzungsprojekt in drei Wiener Bezirken, wurde in seiner Entwicklung unterstützt.

Fachbereich Pflege

Dem Fachbereich Pflege obliegt die fachliche Aufsicht, die strategische Planung und die Entwicklung und Einführung von Konzepten, um den Klient/innen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen ein Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Ziel ist es auch, wienweit eine einheitliche Qualität der Leistungen sicherzustellen. Das Caremanagement ist

Eine Initiative der Stadt Wien/MA47 gemeinsam mit Caritas Erzdiözese Wien, Caritas Socialis (CS), Israelitische Kultusgemeinde, Wiener Hilfswerk und Wiener Sozialdienste.

StoDt+Wien
Wien ist anders.

Foto: com_unit/Petra Spiola

Die Wiener Tageszentren initiierten eine breit angelegte Werbe- und PR-Kampagne, die von prominenten Persönlichkeiten unterstützt wurde.

durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) und nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) geregelt. Das Case-Management ist nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) geregelt und beinhaltet die Beauftragung und Qualitätskontrolle der privaten Wohlfahrtsorganisationen. Im Jahr 2003 wurde eine vereinheitlichte Klientendokumentation eingeführt und die ersten Schritte in der mobilen Datenerfassung wurden eingeleitet.

Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime

Die Bearbeitungsschritte der Anträge zur Gewährung von Pflege gemäß § 15 WSHG wurden dem Bedarf der kurzfristigen Aufnahme nach Antragstellung angepasst. Um der verkürzten Zeit der Bearbeitung zwischen Antragstellung und Aufnahme gerecht werden zu können, wurden ablauforganisatorische Schritte zur Entwicklung eines Front-Offices (intensive Betreuung des Parteienverkehrs mit Bearbeitung der Anträge) und eines Back-Offices (konzentrierte Bearbeitung der Anträge ohne Parteienverkehr und telefonische Auskunft und Beratungsgespräche) gesetzt.

Ein weiterer kund/innenorientierter Schritt ist die Entwicklung eines Zugangs zur **Antragstellung per Internet**. Der Kunde/die Kundin hat die Möglichkeit, ohne ein Amt aufsuchen zu müssen, alle erforderlichen Informationen betreffend die Antragstellung und die Leistungen der Abteilung im Internet zu erfahren und den Antrag auf Gewährung von Pflege gemäß § 15 WSHG online zu stellen (<http://www.magwien.gv.at/ma47/heime.htm>).

Rechtsbüro

Im Vorfeld von Anträgen auf Gewährung von Hilfe wurden im Jahr 2003 ca. 900 telefonische Auskünfte erteilt. Ungefähr 500 mündliche, schriftliche und telefonische Stellungnahmen betrafen primär Probleme der örtlichen Zuständigkeit, pfandrechtliche Sicherstellungen, Bewertung von Liegenschaften, Fruchtgenussrecht, Ausgedinge und Indexberechnungen. Das Rechtsbüro hat die Abteilung bei Zivil- und Strafgerichten 11-mal vertreten und anwaltschaftlich 13 Klagen eingebracht. 34 Vorstellungen gegen Mandatsbescheide wurden bearbeitet. Seitens des Rechtsbüros wurden 900 Verlassenschaften von den in privaten Pflegeheimen aufhältig gewesenen Personen in Evidenz gehalten und bei 250 der Rückersatz eingefordert. 28 Vergleiche wurden abgeschlossen.

Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime

Das WSHG verpflichtet den Sozialhilfeträger zur Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime. Die Aufsicht ist dahingehend auszuüben, dass die Wohn- und Pflegeheime nach Führung und Ausstattung den technischen, organisatorischen, personellen und hygienischen Erfordernissen einer fachgerechten Sozialhilfe entsprechen. Diese Aufgabe wurde bis 25. September 2003 von der Abteilung wahrgenommen. Aufgrund des Erlasses des Magistratsdirektors vom 25. September 2003 fällt

dieser Tätigkeitsbereich nunmehr in den Aufgabenkatalog der MA 15. Seitens der Abteilung wurden bis zum oben genannten Stichtag 64 Überprüfungen in Wohn- und Pflegeheimen sowie städtischen Geriatriezentren durchgeführt.

Weiters ist die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Heimgesetzes und einer in diesem Zusammenhang zu erlassenden Verordnung anzuführen. In Besprechungen seitens des Bundes betreffend das In-Kraft-Treten eines Heimaufenthaltsgesetzes und eine Novellierung des Konsumentenschutzgesetzes (Heimvertragsgesetz) war die Abteilung ebenfalls eingebunden.

Qualitätssicherung der externen Sozialen Dienste

Die Beauftragung der privaten Wohlfahrtsorganisationen im Einzelfall muss durch die Sicherstellung der Qualität der Leistung der privaten Träger ergänzt werden. Die wichtigste Handhabung dazu ist das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG), das u. a. zwingend eine Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter/innen dieser Berufsgruppe vorsieht. Darüber hinaus gibt das Gesetz die Möglichkeit für eine organisatorische und fachliche Überprüfung, insbesondere der Qualifikations- und Fortbildungsnachweise und der Betriebsmittel. 2003 wurden in diesem Zusammenhang 16 Heimhilfeeinrichtungen und neun Aus- und Fortbildungsbetriebe überprüft.

Finanz und Verrechnung

Dieser Bereich gliedert sich, neben dem für allgemeine Finanzfragen zuständigen Teil, in je einen speziellen Bereich Controlling und Verrechnung für die ambulanten Pflegeeinrichtungen einerseits und die stationären Dienste andererseits. Das Budgetvolumen der Abteilung lag 2003 bei 395 Mio. EUR Ausgaben und 158 Mio. EUR Einnahmen.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste

Im Bereich Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste wird die Verrechnung städtischer und privater Wohn- und Pflegeheime durchgeführt. Mit dem EDV-Programm „KVS“ (Klientenverrechnungssystem) werden alle Kostenbeiträge automatisiert verrechnet und über die Buchhaltung vorgeschrieben. Für die Kund/innen bedeutet dies eine rasche Bearbeitung und eine hohe Qualität der Rechnungslegung. Durchschnittlich befinden sich 5.100 Kund/innen pro Tag in den Wiener Städtischen Pflegeheimen, wobei auf Grund der Bettenreduktion die Tendenz abnehmend ist und im Dezember 2003 bereits weniger als 5.000 Personen betreut wurden. Für 2004 ist geplant, dieses neue Verrechnungsprogramm auch für die privaten Heime einzusetzen. 2003 wurden in 38 privaten Wohn- und Pflegeheimen durchschnittlich für 1.800 Patient/innen Kostenzuschüsse geleistet. Im Institut Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 450 Patient/innen betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 350 Wiener/innen befanden sich

in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern. In den 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser wurden durchschnittlich 140 Personen Zuschüsse für die Betreuungsstation gewährt.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung ambulanter Dienste

Im Jahr 2003 haben zwölf Organisationen soziale Dienste im Auftrag der Stadt Wien erbracht. Es wurden u. a. folgende Dienste angeboten: Heimhilfe und Hauskrankenpflege, Reinigungsdienst, Besuchsdienst sowie Kinderbetreuung mit insgesamt rund 4.421.300 Betreuungsstunden. Dazu kommen noch rund 8.900 Zustellungen für die Wäschepflege und rund 1.208.000 Zustellungen von Essen auf Rädern. Insgesamt konnten 21.900 Personen mit sozialen Diensten betreut werden.

SozialRuf Wien – 533 77 77

Der SozialRuf Wien bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an. Er veranlasst Hilfsmaßnahmen wie z. B. den Einsatz sozialer Dienste und pflegerische Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind sozialarbeiterische Beratung und Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen. Im Jahr 2003 wurden ca. 52.600 Telefonate geführt. Das Internet-service sozialinfo.wien.at – Hilfe von A-Z wurde 2003 995.000 abgefragt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 300 Prozent.

Stabsstelle Fort- und Weiterbildung

Die Stabsstelle Fort- und Weiterbildung hat im Rahmen der Wissenszielsetzung in der Abteilung für 2003 den Schwerpunkt auf das Thema **Mitarbeiter/innenorientierungsgespräch (MOG)** gelegt. 90 Prozent der betroffenen Mitarbeiter/innen wurden inhaltlich geschult und alle Führungskräfte absolvierten ein zweitägiges MOG-Training. Zur Unterstützung wurden Anpassungsfortbildungen, Erhaltungsfortbildungen und Spezialfortbildungen angeboten und durchgeführt. Als Erstmaßnahme und als Vorbereitung auf die PC-gestützte Pflegedokumentation wurden für die Mitarbeiter/innen standardisierte EDV-Schulungen organisiert.

Stabsstelle EU-Förderangelegenheiten

Die Leitung des Projekts **„Europäische Sozialdatenbank“** (auf Basis der sozialinfo.wien.at-Seiten) im Rahmen des eContent-Programms der EU bildete den Schwerpunkt der Tätigkeit. Neun Wiener und europäische Partner arbeiteten an dem Projekt mit. Darüber hinaus vertrat die Stabsstelle die Abteilung in drei Entwicklungspartnerschaften der Gemeinschaftsinitiative Equal: „Integrations Info Service“ (Entwicklung eines Arbeitsfeldes für Migrant/innen im Bereich muttersprachlicher Beratung älterer Menschen), „Arbeitsfähigkeit erhalten für Individuen, Organisationen und Unternehmen“ (Durchführung eines Pilotprojekts im Rahmen des Moduls „Berufliche Gesundheitsförderung in der Mobilen Pflege und Betreuung“) und „Wohnen und Arbeiten“ (Ent-

wicklung der Arbeitsfelder Hausbetreuung und Hausmanagement). Im INTERREG-Programm wurde unter Koordination der MA 15 weiter am Gesundheitsnetzwerk Wien-Bratislava gearbeitet. Die Mitarbeit im Social Welfare Committee des Städtenetzwerks EUROCITIES ermöglichte auch 2003 grundlegende Einblicke in europäische Sozialprogramme und die Herstellung einer Verbindung zur sozialen Praxis in Wien. Im Oktober organisierte die Stabsstelle ein Meeting des **Social Welfare Committees** im Wiener Rathaus, an dem ca. vierzig Politiker/innen und Mitarbeiter/innen aus europäischen Großstädten teilnahmen.

Stabsstelle Planung, Projektorganisation und PR

Die Abteilung präsentierte sich im Berichtsjahr an 27 öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Rund um die beiden großen Seniorenmesen „Senior Aktuell“ (im März) und „Wiener Herbstseniorenmesse“ (im November) wurden **Anzeigenkampagnen** geschaltet. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit den privaten Trägern von geriatrischen Tageszentren eine Imagekampagne für Tageszentren durchgeführt. Im Dezember wurde die Abteilung durch eine unabhängige Fachjury in der Kategorie „beste Kommunikationsstrategie“ für den PR-Star 2003 nominiert.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)

Bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Modernisierung der Wiener Rettungsstützpunkte

- Der Ausbau und die Generalsanierung der Rettungsstation Penzing wurde beendet. Die feierliche Eröffnung durch die amtsführende Stadträtin und die Bezirksvorsteherin fand am 29. Oktober 2003 statt. Dieses für den Westen Wiens wichtige Vorhaben konnte innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens und mit einer erheblichen Kosteneinsparung von ca. 540.000 EUR abgewickelt werden.
- Die Bauvorbereitung für die Zusammenlegung der Rettungsstation Hernals und der benachbarten Sanitätsstation 17 mit Gesamtkosten von 3.915.000 EUR wurde abgeschlossen. Baubeginn ist der 1. März 2004.
- Die Planung für die Erneuerung und Erweiterung der einsatzstärksten Rettungsstation der MA 70 – Mariahilf (rund 20.000 Einsätze pro Jahr) wurde gemeinsam mit der MD-BD und der MA 34 als „Mitbenutzer“ (zwei Geschosse) fortgesetzt.
- In der Station Brigittenau und im Hauptgebäude der Rettungszentrale wurde die Brandschutzsituation verbessert.

Wesentliche Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung des Rettungsbetriebes

Der **Fuhrpark** ist für den Rettungsbetrieb der wichtigste Bereich. Aus diesem Grund werden alljährlich die ältesten Fahrzeuge ausgeschieden und durch Fahrzeuge der neuesten Technik ersetzt. Im Berichtsjahr wurden sieben Fahrzeuge angeschafft und den speziellen Erfordernissen angepasst.

Für die neuen Rettungsfahrzeuge wurde das dazugehörige **medizinische Inventar** angeschafft. Jene Gegenstände, die einer starken Abnutzung unterliegen, wie z. B. Tragbahnen, Taschen, Koffer, Beatmungsbeutel, Stethoskope und Blutdruckmessgeräte wurden ersetzt. Weiters wurden fünf Beatmungsgeräte, vier Defibrillatoren und neun Absauggeräte der neuesten Gerätegeneration angeschafft, wobei bei der Anschaffung dieser Geräte ein besonderes Augenmerk hinsichtlich der einheitlichen Ausstattung aller Fahrzeuge gelegt wurde.

Weitere Investitionen erfolgten am **Einrichtungssektor**: Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Einrichtung der neuen Rettungsstation Penzing. Die Rettungsstation wurde in allen Bereichen neu ausgestattet.

Eine erwähnenswerte Investition ist der Ersatz von fünf Hebebühnen in der betriebseigenen Kfz-Werkstätte. Der Ersatz wurde erforderlich, da die alten Hebebühnen nicht mehr den technischen Standards entsprachen.

Durch die Übersiedlung der Bereiche Materialmagazin, Wäschemanipulation und Näherei auf eine ehemalige, nun aufgelassene Sanitätsstation wurde auch hier eine teilweise Erneuerung der Einrichtung erforderlich. Vor allem die Regalanlagen zur Lagerung der diversen Waren wurden neu angeschafft.

Weitere Investitionen wurden zur Verbesserung der **EDV-Ausstattung** der MA 70 getätigt.

Allgemeines

Die MA 70 konnte im vergangenen Jahr 158.294 Einsätze verzeichnen. Das sind um 3 Prozent mehr als im Jahr 2002.

Der NAH (Notarzhubschrauber) „Christophorus 9“, der gemeinsam vom ÖAMTC und der MA 70 für den Wiener Raum und Teilen des nordöstlichen Niederösterreichs betrieben wird, hatte 1.329 Einsätze verzeichnet, was einer Steigerung von 36 Prozent gegenüber dem Jahr 2002 entspricht.

Das Raum- und Funktionsprogramm für die Errichtung der neuen Notrufeinsatzleitstelle „144“ (LENA) für Wien wurde mit voraussichtlichen Gesamtkosten von ca. 8,1 Mio. EUR inklusive Mehrwertsteuer genehmigt. Erstmals wurden am 1. Oktober 2003 zehn Zivildienstler zur Entlastung des Einsatzpersonals aufgenommen.

Mit dem In-Kraft-Treten des Sanitätsgesetzes am 1. Juli 2002 war die MA 70 gezwungen, ihre bisherige Schule zu einem Ausbildungszentrum zu erweitern. Dadurch konnten folgende Aus- und Weiterbildungen durchgeführt werden: Es wurden

- 50 neue Rettungssanitäter ausgebildet,
- zwei gesetzliche Berufsmodule abgehalten,
- 280 Sanitäter gesetzlich fortgebildet,
- 100 Notfallsanitäter gesetzlich übernommen,
- 35 Praxisleiter ausgebildet,
- 20 Abende Hörsaalveranstaltungen für Not-

- ärzt/innen und Sanitätspersonal veranstaltet,
- acht Psychologentage des ABW-Teams abgehalten.

Weiters wurden 165 externe Erste-Hilfe-Kurse an 329 Tagen mit ca. 2.650 Teilnehmern abgehalten. Teilnehmer/innen waren Ersthelfer des Magistrats, der Messe AG, des Konzerthauses, der Austrocontrol, der Therme Oberlaa, der Wiener Berufsfeuerwehr sowie UNO-Mitarbeiter und diverse Krankenpflegeschulen.

Die MA 70 hat auch am ÖNK-Kongress im AKH sowie an diversen anderen Veranstaltungen (Nationalfeiertag, Donauinselfest, Strohzeit u. v. m.) teilgenommen.

Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Im Berichtsjahr 2003 hat die MA-L im Rahmen des Kontraktmanagements der Stadt Wien zum ersten Mal einen **Leistungskontrakt** für das Jahr 2004 abgeschlossen. Als strategische Grundsatzabteilung definierte die MA-L ihre spezifischen Ziele, die als solche von der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, Frau Prim. Dr. Pittermann-Höcker, als Geschäftsgruppenziele übernommen wurden, wie folgt: Ausbau der medizinischen Koordination im Rahmen des Katastrophenmanagements der Stadt Wien, Modernisierung und Aufwertung der Ausbildung der Amtsärzt/innen und Erweiterung des Wissensmanagements im medizinisch-fachlichen Bereich.

Die Wiener Landessanitätsdirektion war auch 2003 schwerpunktmäßig mit der Planung zur Bekämpfung des Bioterrorismus (hauptsächlich Pocken) sowie mit Aufgaben der medizinischen Koordination zur Bewältigung von Seuchengeschehen befasst. Im Jahr 2003 wurde die Welt mit einer neuen, bis dahin unbekanntem Seuche, dem Schwere Akuten Respiratorischen Syndrom (SARS) konfrontiert. Die Krankheit nahm ihren Anfang in China und fand von dort in kürzester Zeit ihren Weg in 32 Länder auf fünf Kontinenten. Bei mehr als 8.000 Menschen wurde die neue Krankheit SARS diagnostiziert und es starben daran fast 800. Als der erste Fall in Europa (Deutschland) bekannt wurde, reagierten die Gesundheitsbehörden mit prompten Maßnahmen: So war in Wien die MA-L von der ersten Stunde an maßgeblich in die Koordination der Bekämpfung eingebunden. Auch mit Plänen zur Bekämpfung einer möglichen Influenza-Pandemie war die MA-L im Berichtsjahr intensiv befasst.

Nach eineinhalbjähriger Pausierung des Wiener Physikaturskurses, der als Qualifikation für eine bleibende Anstellung der Ärzte im öffentlichen Sanitätsdienst erforderlich ist, wurden der MA-L im Jahr 2003 die Physikatursbelange zugeteilt. Die Wiener Landessanitätsdirektion erstellte im Berichtsjahr neue Strukturen, soweit es die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zuließen. Die Vorarbeiten zur Erreichung dieser Zielvorgaben erstreckten sich über das Ende des Berichtsjahres hinaus.

In ihrer Funktion als Wiener Landessanitätsdirektorin ist die Abteilungsleiterin Mitglied des Landessanitätsrates für Wien (LSR) und fungiert seit Jahren auch als Vorsitzende dieses Gremiums. Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des LSR statt, in denen die Mitglieder des LSR über 21 neu zu besetzende Primariate berieten und jeweils ein abschließendes Gutachten mit einer Reihung der Bewerber/innen erstellten. Als Vorarbeit führte die Landessanitätsdirektorin 88 Vorstellungsgespräche mit Bewerber/innen durch. Zusätzlich wurden in drei Sitzungen des LSR zu aktuellen Gesundheitsthemen Empfehlungen an den Herrn Landeshauptmann abgegeben: Die Zunahme Methicillin-resistenter Staphylokokken (MRSA) und mögliche Gegenmaßnahmen sowie Themen zu geriatrischen Fragestellungen wurden behandelt. In einer eigenen LSR-Arbeitsgruppe „Geriatric“ wurde auch eine Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Wiener Heimgesetz ausgearbeitet und Empfehlungen abgegeben.

Das Gremium der Landessanitätsdirektoren tagte sieben Tage lang in drei Konferenzen, bei denen über 60 Beratungsthemen behandelt wurden. Darüber hinaus fanden im Berichtsjahr zwei außertourliche Sitzungen der Landessanitätsdirektoren im Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) statt, wo das Thema „Schutzmaßnahmen vor bioterroristischen Anschlägen“ und der so genannte „Pockenalarmplan“ erörtert wurden. In einem bundesweiten Pockenalarmplan, der schließlich in den Sitzungen im BMGF gemeinsam mit zahlreichen Spezialisten unter Einbeziehung der Landessanitätsdirektoren aller Bundesländer ausgearbeitet wurde, sind den Bundesländern wichtige Aufgaben übertragen worden. Diese Vorgaben wurden von der MA-L im Rahmen der Koordination des medizinischen Katastrophenmanagements auf der Wiener Landesebene umgesetzt.

In ihrer Beratungstätigkeit in wichtigen das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen hat die MA-L im Berichtsjahr insgesamt 235 Themen behandelt. Wie eingangs erwähnt, lag der Schwerpunkt der Themen sowohl hinsichtlich der Wichtigkeit als auch hinsichtlich der dafür investierten Zeit und personellen Ressourcen in den Bereichen „Bekämpfung von Bioterrorismus“ und „Seuchengeschehen“. Dabei wurde die strategische Beratungstätigkeit durch operative Koordinationsmaßnahmen ergänzt und über die Initiativen der Abteilung hinausgehend auch Aufträge des BMGF erfüllt. Bei den Planungsarbeiten zur Bekämpfung der Pocken (eine Krankheit, die derzeit weltweit ausgerottet ist, aber als bioterroristisches Bedrohungsszenario, insbesondere im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, eine mögliche ernst zu nehmende Gefahr darstellt), nahm die Wiener Landessanitätsdirektion ihre Rolle als zentrale Koordinationsstelle einerseits mit dem Gesundheitsressort auf Bundesebene und andererseits mit den Einrichtungen auf Landesebene wahr.

Die Wiener Landessanitätsdirektion organisierte und leitete landesinterne Arbeitsgruppen-

sitzungen zum Thema Pocken, die die gezielte Lösung der spezifischen landesinternen Aufgaben zum Ziel hatten. Im Lichte der Herausforderung, die Weiterverbreitung dieser schweren Erkrankung im Falle ihres Wiederauftretens zu verhindern, wurden dabei sämtliche Aspekte des Proben-transportes zu geeigneten Laboreinrichtungen und des Patiententransports geklärt. Es wurden auch die Krankenanstalten für die Behandlung von Pockenverdachtsfällen festgelegt, wobei vor allem auf die Erfahrung der jeweiligen Einrichtung im Umgang mit infektiösen Patient/innen und auf das Vorhandensein von entsprechender Schutzausrüstung für das Personal geachtet wurde. Impflogistik und Zielgruppen für die Impfung wurden erörtert. So genannte **Diagnoseteams**, bestehend aus jeweils einem Dermatologen, einem Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde und einem Amtsarzt, die Verdachtsfälle noch vor Ort abklären, wurden von der Wiener Landessanitätsdirektion rekrutiert und ihre Erreichbarkeit sichergestellt.

Die Durchführung der Pockenimpfung, die auch noch Kontaktpersonen von Pockenpatient/innen vor der Erkrankung schützen kann, setzt auf Grund eines spezifischen Nebenwirkungsprofils, einer Vielzahl an Kontraindikationen und einer sonst nicht gebräuchlichen Impftechnik ein ganz spezielles Wissen voraus. Da die Impfung in den letzten Jahrzehnten durch die Ausrottung der natürlichen Pocken nicht mehr notwendig und deshalb ausgesetzt worden war, mussten nunmehr die entsprechenden Kenntnisse der Ärzteschaft aufgefrischt werden. Die Wiener Landessanitätsdirektion führte zu diesem Zweck drei Schulungen zum Thema „Pocken und Pockenimpfung inklusive Impftechnik“ mit Vorträgen von anerkannten Experten durch, die von insgesamt 94 Ärzt/innen, darunter 64 Amtsärzt/innen besucht wurden. Daneben wurden von der MA-L eigens erstellte Ablaufpläne und Listen für den behördlichen Gebrauch laufend dem aktuellen Stand angepasst. Die MA-L war somit als Drehscheibe zwischen dem BMGF und dem Land Wien und durch den Kontakt zu den Landessanitätsdirektionen der anderen Bundesländer maßgeblich am Zustandekommen des nationalen Pockenalarmplanes beteiligt und hat auch nachhaltig die Erledigung der sich daraus für das Land Wien ergebenden Aufgaben verfolgt.

Eine große Herausforderung stellten im Berichtsjahr auch die Maßnahmen dar, die auf Grund der befürchteten Einschleppung der eingangs erwähnten Seuche SARS notwendig wurden. Die Wiener Landessanitätsdirektion steuerte dazu das Ablaufdiagramm für die Vorgangsweise bei Auftreten eines SARS-Verdachtsfalles bei, das allen relevanten magistratsinternen und -externen Stellen zur Verfügung gestellt wurde. Auch in einer Sitzung am Flughafen Wien Schwechat, in der die dort zu treffenden Maßnahmen erörtert wurden, konnten nicht nur die Vorkehrungen Wiens eingebracht werden, sondern auch die Bedeutung eines raschen Informationsaustausches zwischen den Bundesländern hervorgehoben werden.

Geleitet von den Erfahrungen im Zusammenhang mit SARS strebte die Wiener Landessanitätsdirektion gemeinsam mit der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen insgesamt eine **Verbesserung des Informationsflusses bei Seuchengeschehen** an. Ausgehend von der üblichen Triagierung von einlangenden Meldungen in der Bundeswarnzentrale und der Landeswarnzentrale wurden z. B. optisch einprägsame Standardfaxblätter zur Voravisierung von dringenden Seuchenmeldungen ausgearbeitet und allen Betroffenen zur Verfügung gestellt, um im Akutfall eine rasche Informationsweitergabe sicherzustellen.

Die für SARS-Patient/innen in Wien zur Verfügung stehenden Betten und diagnostischen Möglichkeiten wurden für eine bundesweite Aufstellung evaluiert. Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, Frau Prim. Dr. Pittermann-Höcker, wurde laufend über den aktuellen Stand zu SARS informiert. Auch einzelne Institutionen und Personen wie Versicherungsunternehmen, Polizei, Betriebsärzt/innen und Lehrer/innen, die sich mit speziellen Fragestellungen zu SARS an die MA-L wandten, wurden individuell beraten.

Das Thema SARS und Seuchenbekämpfung war auch Teil einer Präsentation in der Landessanitätsdirektion im November 2003 für eine chinesische Delegation, bestehend aus Gesundheits- und Sicherheitsbeamten.

Im Berichtsjahr beteiligte sich die MA-L auch an der Erstellung des **Bundes-Influenza-Pandemieplans**. Eine Influenza-Pandemie wird, anders als die fast jährlich wiederkehrenden Epidemien, durch einen plötzlich auftretenden, neuen Virusstyp ausgelöst, gegen den es anfangs keinen Impfstoff gibt und für den die gesamte Weltbevölkerung empfänglich ist. Ziel des Influenza-Pandemieplanes ist es, durch geeignete Vorkehrungen und Maßnahmen die gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Folgen dieses durchaus wahrscheinlichen Szenarios möglichst gering zu halten. Um in der Planungsphase möglichst früh die wichtigsten Institutionen und Abteilungen einzubinden und für das Thema zu sensibilisieren sowie die Umsetzbarkeit vorgesehener Maßnahmen auf möglichst breiter Basis zu beraten, hat die MA-L auf Landesebene eine Influenza-Pandemie-Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Beratungsergebnisse dieser Arbeitsgruppe flossen auch in den Entwurf des Bundes-Influenza-Pandemieplans ein, für den die MA-L Beiträge zu den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden und den dabei zu berücksichtigenden Zuständigkeiten verfasste.

Anlässlich in Belgien bemerkter Briefsendungen mit Adamsit (Reizgas) veranlasste die Wiener Landessanitätsdirektion die Adaptierung diverser Merkblätter für Verhaltensmaßnahmen bei Auftreten verdächtiger Briefsendungen. Neben dem Bereich der Bekämpfung des Bioterrorismus und des Seuchengeschehens umfasste die medizinisch-fachliche Beratungstätigkeit der Abteilung im

Jahr 2003 eine breit gefächerte Palette an gesundheitsrelevanten Themen, wie z. B. den therapeutischen Stellenwert des neuen Cholesterinsenkers Ezetimib und die Zweckmäßigkeit seiner Aufnahme im Heilmittelverzeichnis, die Thromboseprophylaxe bei Langstreckenflügen, die Voraussetzungen zur Antragstellung auf Sachwalterschaft, die Auswirkung der Zuständigkeit des Ärztekundendienstes für die Betreuung von Drogenkranken außerhalb der Ordinationszeiten, den aktuellen Impfplan sowie im Besonderen die Bedeutung der Meningokokkenimpfung in Gemeinschaftseinrichtungen des Österreichischen Bundesheeres, die Auswirkung der Diesellabgase auf die Gesundheit und Anregungen für gesundheitspolitische Maßnahmen zur Reduktion der Schadstoffemissionen von Dieselmotoren, die aktuelle Influenza-Situation, die Auswirkung einer „Pro-Hyg-Leitlinie“ auf die personelle Ausstattung der Hygieneteams in Wiens Krankenanstalten etc.

Wie schon erwähnt, war die Wiener Landessanitätsdirektion im Berichtsjahr intensiv mit der **Neugestaltung eines Physikatskurses** beschäftigt. Entsprechend dem angesprochenen verankerten Ziel der „Modernisierung und Aufwertung der Ausbildung der Amtsärzt/innen“ wurden wesentliche Schritte zur Gestaltung des Physikatskurses als Universitätslehrgang in Kooperation mit der Universität Wien gesetzt. Im Hinblick auf eine angestrebte bundesweite Harmonisierung der Amtsärzteausbildung wurde das Wiener Amtsärzte-Curriculum überarbeitet. Darüber hinaus fanden Gespräche mit der Universität Wien über die Anrechenbarkeit des Physikats für eine künftige Public Health-Ausbildung in Wien statt.

Im Berichtsjahr wurden von der MA-L 82 Stellungnahmen zu den verschiedensten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, zur Verleihung von Ehrenzeichen bzw. des Berufstitels „Medizinalrat“, „Obermedizinalrat“ und für das Militärkommando Wien im Rahmen der Ärztekommision abgegeben. Die MA-L wirkte in insgesamt 132 Kommissionen, Ausschüssen, Arbeitsgruppen etc. mit, bzw. leitete sie. Im Rahmen der nach dem Veranstaltungsgesetz erforderlichen Theaterkommission wurden sieben Begehungen vorgenommen und in drei Fällen wurden festgestellte Mängel behoben.

Die **medizinische Forschungstätigkeit** der MA-L wurde auch 2003 in Kooperation mit der Technischen Universität Wien sowie im Rahmen der „Wiener Arbeitsgemeinschaft für Biomedizin, Restaurative und Kognitive Neurologie“ fortgesetzt. Das 2001 begonnene Nationalbankprojekt „Jubiläumsfondsprojekt Nr. 6978“ wurde 2003 mit dem Enderbericht „Membranabbau und Lipidmediatoren in neurodegenerativen Erkrankungen“ abgeschlossen. Das Projekt „Targeting the aging brain: 3D confocal reconstruction of gene expression in Alzheimer's disease“ wurde im Oktober 2003 genehmigt und es wurde mit der Firma Nikon der Aufbau eines konfokalen Laser-Scanning-Mikroskops begonnen. Das „ALZAS“-Projekt, welches die Validierung des ALZAS-ELISA-Tests

als spezifischen Serum Biomarker für die Früherkennung von Demenzen anstrebt, wurde Ende 2002 beim Bürgermeister-Fonds eingereicht und im Jahr 2003 genehmigt, sodass auch diesbezüglich mit der Forschungsarbeit begonnen werden konnte.

Um den höchsten Ansprüchen der Abteilung und den permanent geänderten Anforderungen gerecht zu werden, wurde besonderer Wert auf die Fortbildung der Mitarbeiter/innen gelegt. So konnten die mannigfaltigen Herausforderungen im Berichtsjahr von der Abteilung insgesamt erfolgreich gemeistert werden.

Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement (BGF)

Die Agenden der Bereichsleitung für Gesundheitsplanung werden von der Gesundheitsplanung, der Gesundheitsberichterstattung und der Gesundheitsförderung, der Geschäftsstelle „Wien – Gesunde Stadt“, sowie dem Finanzmanagement und der Budgetkoordination wahrgenommen.

Gesundheitsplanung

Im Rahmen der Gesundheitsplanung wurde im Jahr 2003 die Entwicklung eines **Wiener Krankenanstalten- und Großgeräteplans** weiter vorangetrieben und mit dem Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplan 2003 akkordiert. Gemeinsam mit der MA 15 erfolgte die Vorbereitung zur Erlassung der entsprechenden Verordnung zum Wiener Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz. Für eine abgestufte Versorgungsplanung im Bereich der **Kinder- und Jugendheilkunde** wurden Vorarbeiten getätigt. Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe zur vertieften **Leistungsplanung im AKH** gemeinsam mit dem KAV, der neu geschaffenen Medizinuniversität sowie den Ministerien Bildung, Wissenschaft und Kultur und Finanzen gegründet.

Im Rahmen der strategischen Planung für die zukünftige Pflege und Betreuung alter Menschen in Wien wurde Grundlagenarbeit für die politische Entscheidung zur **Umstrukturierung im Pflege- und Sozialbereich** geleistet. Die Arbeiten am (Pflege-)Heimgesetz und der zugehörigen Verordnung wurden fortgesetzt.

Das mit dem KAV und der Wiener Gebietskrankenkasse gemeinsam getragene Kooperationsprojekt **„Patientenorientierte integrierte Krankenbetreuung in Wien 14.–17. Bezirk“** wurde fortgesetzt. Das Projekt läuft bis Ende 2004. Der Schwerpunkt des Projekts **„Wiener Informationsnetzwerk – Gesundheitsförderung in Wiener Spitälern und Pflegeheimen“** lag im Jahr 2003 in der Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter/innen, insbesondere in Zusammenhang mit Arbeitsbedingungen und der psychosozialen Gesundheit.

Im Handlungsschwerpunkt **Ethik und Qualität** ist die Bereichsleitung in folgenden Gremien bzw. Projektgruppen Mitglied: Ethikkommission der Stadt Wien, Wiener Beirat für Bio- und Medizin-

ethik, Dialog Gentechnik, Organisationskomitee für Medizinethiksymposium OWS und Aufbau und Erstellung einer österreichweiten Qualitätsberichterstattung. Weiters oblag der Bereichsleitung die Organisation des **„Zeitzeugengesprächs mit Friedrich Zawrel und Dr. Werner Vogt“** sowie der Podiumsdiskussion **„Psychiatrische Gutachten im Spannungsfeld Medizin, Justiz und Gesellschaft“**.

Gesundheitsberichterstattung

Im Berichtsjahr 2003 wurden von der Wiener Gesundheitsberichterstattung folgende Berichte und Studien fertig gestellt und publiziert:

- Der Bericht **„Lebenserwartung und Mortalität in Wien“** geht im Rahmen eines zeitlichen und regionalen Vergleichs auf die mit dem Anstieg der Lebenserwartung und dem Rückgang der Sterblichkeit verbundenen demographischen Verschiebungen und den Wandel im Krankheitsspektrum in der Wiener Bevölkerung ein. Hauptaugenmerk gilt der prognostizierten Zunahme der Hochbetagten, welche sich in einem deutlichen Ansteigen der Multimorbidität sowie einer Zunahme bei den geriatrischen Erkrankungen niederschlagen wird.
- In der Studie **„Mikrozensus 1999 – Ergebnisse zur Gesundheit in Wien“** wird neben der zeitlichen Entwicklung das Gesundheitsverhalten, der Gesundheitszustand sowie die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen der Wiener Bevölkerung auch in Hinblick auf einen Vergleich Wiens mit Österreich analysiert.
- Mit gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen wie Suchtmittel- und Nahrungsmittelkonsum, körperlicher Bewegung und Body Mass Index, Inanspruchnahme der medizinischen Versorgung, Aktivität und regenerativem Verhalten setzt sich die Studie **„Lebensstile in Wien“** auseinander. Durch die Identifikation besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen sollen gezielte gesundheitsfördernde Maßnahmen möglich werden.
- Einen Überblick über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten der Wiener Bevölkerung, aber auch zu Strategien und Leitbildern sowie zur Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung gibt die in zwei Sprachversionen zur Verfügung stehende Broschüre **„Gesundheit in Wien“**.
- Die kartographierte Broschüre **„Lebenserwartung in Wien und Österreich – internationaler Vergleich“** (vier Sprachversionen) stellt die Position Wiens und Österreichs in Hinblick auf verschiedene Gesundheitsindikatoren wie Altersstruktur, Lebenserwartung, Mortalität und Todesursachen im internationalen (europäischen) Setting dar.
- Eine Studie zu depressiven Erkrankungen bei Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde in Auftrag gegeben und fertig gestellt.

In der Erstellungs- bzw. Fertigstellungsphase befand sich der Bericht **„Chronische Krankheiten in Wien“**. Weiters wurde an dem in diesem Jahr umfassenden **Gesundheitsbericht Wien 2003**

gearbeitet. Zudem fanden Vorarbeiten für die Berichte und Studien Psychiatriebericht 2004, Psychische Lage und Gesundheit in Wien und 1. Wiener Tabakbericht statt.

Alle Berichte der Wiener Gesundheitsberichterstattung sind unter www.wien.at/who/berichte/index.htm abrufbar. Diese Seite wird laufend überarbeitet und aktualisiert und mit benutzerfreundlichen Berichtsversionen zur weiteren Bearbeitung ergänzt. In Vorbereitung befindet sich auch eine eigene Website mit den aufbereiteten Daten des Wiener Gesundheits- und Sozialsurveys.

Das Tätigkeitsfeld der Wiener Gesundheitsberichterstattung beinhaltet auch die Verfassung eines Berichts über „Migration und Gesundheit in Österreich“ für den Europarat sowie das Erscheinen der Beiträge zu „Health Reporting on Specific Groups of Vienna's Population“ und „Der erste Männergesundheitsbericht kommt aus Wien“. Im internationalen Feld nimmt die Gesundheitsberichterstattung an verschiedenen Projekten wie z. B. Netzwerk europäische regionale Gesundheitsberichterstattung, EU-Projekt Thüringen, aktiv teil.

Gesundheitsförderung

Das seit 1996 laufende Unfallverhütungsprojekt für Senioren „Sicher Gehen über 60“ wurde von der Gesundheitsförderung bis zum Start des neuen umfassenden Sicherheitsprojekts „Wien – sichere Stadt“ im November 2003 fortgesetzt. Das Ziel des ursprünglichen Projekts – die Reduktion des Unfallrisikos von Senior/innen – wird weiterhin vom neuen Projekt angestrebt. In einer Evaluierung konnte eine Reduktion der Schenkelhalsbrüche in Wien um 2 Prozent (von 1996 bis 2000) bei gleichzeitigem Anstieg in anderen Bundesländern um 12 Prozent gezeigt werden.

Die Aktivitäten im Rahmen des Programms „Ein Herz für Wien“ umfassten 2003 das Gastronomieprojekt „Wien isst gesund“, Blutdruckaktionen in Supermärkten, Betrieben und in einem Wiener Gemeindebau, Stadtwanderklub zur Förderung der Bewegung und vieles mehr. Darüber hinaus fand in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gesellschaft für Kardiologie in Zusammenhang mit dem Kardiologenkongress 2003 eine große Öffentlichkeitsveranstaltung statt, bei der sich etwa 10.000 Personen zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Prävention informieren ließen. Jährliche Testungen in den Bereichen physische Gesundheit, Haltungsgesundheit, sportmotorischer Status, psychosoziale Gesundheit sowie kognitiver Entwicklungsstand und Lern- und Arbeitsverhalten an den 100 Wiener Volksschulklassen, in denen das Prinzip des „Bewegten Lernens“ als Prävention von Haltungsschäden, aber auch als Unterstützung des kognitiven Lernens durchgängig eingesetzt wird, deuten in eine positive Richtung. Die Ergebnisse der Abschlussequalierung werden im Herbst 2004 vorliegen.

Im Rahmen des Projekts „Zahngesundheitsförderung in Wiener Schulen und Kindergärten“ werden im 2., 10., 16. und 20. Bezirk Kindergarten- und Volksschulkinder zweimal pro Schuljahr von einer Zahngesundheitsberaterin besucht. Außerdem fanden im Berichtsjahr Vorbereitungsarbeiten für eine Verlängerung des Projekts auf weitere vier Jahre statt.

Am 4. April 2003 wurde im Wiener Rathaus ein Symposium mit Fachvorträgen und einer Podiumsdiskussion zum Thema Stammzellen veranstaltet. Einen Tag danach fand eine Publikumsveranstaltung, der „Blut-Info-Tag 2003“ statt. Weitere Publikumsveranstaltungen im Wiener Rathaus waren der **Rheumatag**, der **Osteoporosetag** und die sechsteilige Vortragsreihe des **Gesundheitscercles**. Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wurden auch 2003 wieder der Ignatius-Nascher-Preis im Zuge des Wiener Internationalen Geriatriekongresses und der Gesundheitspreis der Stadt Wien vergeben. Zusätzlich wurden Vorarbeiten zum Internationalen Sigmund-Freud-Preis 2003 geleistet. Der Preisträger 2003 wurde gewählt, die Verleihung findet im Frühjahr 2004 statt. Weitere Veranstaltungen, die von der Bereichsleitung im Berichtsjahr abgehalten bzw. mitinitiiert wurden, waren u. a. die wissenschaftliche Tagung „Health Care Management“, das Seminar „Körperbild und Körperwahn in lesbischswulen Lebenszusammenhängen“ und der Diabeteslauf.

Die Vertragsunterzeichnung am 12. Dezember 2002 zwischen dem WHO-Regionalbüro Europa und der Stadt Wien durch die zuständige Stadträtin Prim. Dr. Pittermann war Startschuss für das WHO-Demonstrationsprojekt „Investition in die Gesundheit älterer Menschen“. Das Projekt zielt auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität, insbesondere der gesundheitlichen Situation der Menschen im dritten Lebensalter in Wien.

„Wien – Gesunde Stadt“

Das Projekt „Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen“ wurde im Rahmen der Tätigkeit des WHO Projekts „Wien – Gesunde Stadt“ auch 2003 wieder fortgesetzt. Zur Zeit nehmen 35 Schulen am Projekt teil. Schwerpunkt in diesem Jahr waren die Vorbereitungsarbeiten für ein Konzept für die geplante 3. Phase.

Das im Dezember 2002 bei der MA 27 eingereichte EU-Ziel-2-Projekt „GO 2.20“ wurde bewilligt und startete im Frühjahr 2003. Dabei erhalten Betriebe im Ziel-2-Gebiet (2. und 20. Bezirk) Unterstützung bei der Ein- und Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen. Ziele des Projekts sind die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Betriebe, Verbesserung der psychischen, sozialen und physischen Gesundheit der Mitarbeiter/innen am Arbeitsplatz, Förderung der Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen, Verbesserung des Betriebsklimas sowie Vernetzung und Kooperation der Betriebe im Zielgebiet. Es handelt sich hierbei um ein Koope-

rationsprojekt zwischen der Stadt Wien, der EU, der AUVA und der WGKK.

Mittlerweile ist dieses Projekt bereits eng verbunden mit dem seit 2001 laufenden Pilotprojekt „Gesunde Leopoldstadt“, das die Stärkung des Gesundheitswissens, -bewusstseins und -verhaltens der Bewohner/innen und Arbeitnehmer/innen im 2. Bezirk und damit die Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel hat. Unter anderem um die bestehenden Synergien zwischen diesen beiden Projekten nutzen zu können, wird eine Verlängerung der Projektdauer der „Gesunden Leopoldstadt“ angestrebt.

Das vierteljährlich erscheinende Magazin „Gesunde Stadt“ befasste sich 2003 mit folgenden Themenschwerpunkten: „Gesunde Arbeitswelt“, „Wie gesund sind die Wiener“, „Active Aging“, „Das Geheimnis gesunder Kinder“.

Budgetkoordination und Finanzmanagement

Die Budgetkoordinierung und die Mitwirkung an der Budgetgestaltung der Geschäftsgruppe und in der Folge die Budgetvollzugskoordination und Budgetvollzugskontrolle gehören zu den wesentlichsten Aufgaben der Budgetkoordination und des Finanzmanagements. Die Gesamtsumme der in der Geschäftsgruppe zu verwaltenden Mittel belief sich inklusive U-KAV im Jahr 2003 auf rund 2,83 Mrd. EUR (fast 30 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Wien).

Ein weiterer Schwerpunkt sind die regelmäßig notwendigen Detailerhebungen und Koordinationsgespräche mit den betroffenen Abteilungen und Anstalten des Gesundheitswesens, die zur Erstellung längerfristiger Finanzierungspläne für die Umsetzung von diversen organisatorischen und baulichen Projekten benötigt werden. Die Budgetkoordination führt umfangreiche Erhebungen über die wirtschaftliche Gebarung der Einnahmen und Ausgaben der Geschäftsgruppe durch und wirkt an der Erarbeitung von Reform- und Finanzierungsvorschlägen mit. Sie arbeitet auch in der Begleitgruppe zur Festlegung des Klinischen Mehraufwandes im AKH, als Vorbereitung zur Lösung eines eventuellen Konflikts zwischen dem Bund und der Stadt Wien, wesentlich mit.

Die Mitwirkung an der Erstellung von Kontrakten zwischen den einzelnen Abteilungen und der amtsführenden Stadträtin bzw. dem Magistratsdirektor verlangt einen ständig steigenden Einsatz und Aufwand. Im Jahr 2003 wurde u. a. an den Erstkontrakten für die MA-L und die MA 15 gearbeitet. Da jedoch seit Jahresmitte die Vorbereitungsarbeiten für die Neuorganisation des Senioren- und Behindertenbereichs der Stadt Wien laufen (Übernahme der MA 12 von der Geschäftsgruppe 3 in die Geschäftsgruppe 5 und die Zusammenführung dieser mit der MA 47 in eine neu gegründete MA 15 A per 1. Jänner 2004) kam der Kontrakt mit der MA 15 nicht als solcher zum Zug.

In enger Zusammenarbeit unterstützt die Budgetkoordination den Bereichsleiter bei der Erfüllung

der Aufgaben des Geschäftsgruppencontrollers. Gemeinsam wird an der Schaffung von Dokumentations-, Controlling- und Qualitätssicherungsinstrumenten gearbeitet. Die Budgetkoordination führt nicht nur die Angelegenheiten der Personalverwaltung für die Bereichsleitung durch, sondern ist auch für die Beurteilung der budgetären Auswirkung von sämtlichen personellen Veränderungen und Nachbesetzungen der Geschäftsgruppe zuständig.

Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)

Die im Jahr 2002 erfolgte Etablierung des Wiener Krankenanstaltenverbundes als Unternehmung mit einer neuen Organisationsstruktur hat sich im ersten Routinejahr 2003 konsolidiert und bewährt. Die Trennung der Zuständigkeiten der strategischen Ebene, die durch die Generaldirektion repräsentiert wird und der operativen Ebene mit der Eigenverantwortlichkeit der drei Teilunternehmungen führt zu einer besseren Kommunikation zwischen den auf der unmittelbaren Leistungsebene der Patientenversorgung und damit zusammenhängender Infrastruktur arbeitenden Mitarbeiter/innen mit den koordinierenden und steuernden Entscheidungsträgern der Direktion der Teilunternehmungen, die deren Interessen innerhalb der Teilunternehmung ausgleichen und gesamthaft gegenüber der strategischen Ebene der Generaldirektion vertreten. Diese ist wiederum den Eigentümern gegenüber verantwortlich und in diesem Sinne daher ebenfalls Auftragnehmer und Auftraggeber mit entsprechender Umsetzungsverantwortung.

In der **Teilunternehmung Krankenanstalten und Pflegeheime (TKP)** stehen 13 Krankenanstalten und 11 Geriatriezentren, davon jeweils sechs kombiniert in den Sozialmedizinischen Zentren, unter einer gemeinsamen Führung. Die Direktion der Teilunternehmung ist für die Planung der Weiterentwicklung, die finanziellen und personellen Ressourcen bzw. deren Zuteilung auf die einzelnen Gesundheitseinrichtungen verantwortlich.

In den **Krankenanstalten** der TKP standen im Jahr 2003 durchschnittlich 6.967 systemisierte bzw. – wegen Bettensperren verursacht – 6.440 belegbare Betten zur Verfügung. Die Auslastung beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf 84,08 Prozent der belegbaren Betten. Im stationären Bereich waren 2003 296.820 Aufnahmen inklusive Eintagespflegen und Begleitpersonen zu verzeichnen. In den Ambulanzen wurden 2,03 Mio. Besuche ambulanter Patient/innen gezählt.

In den **Geriatriezentren** der TKP standen im Jahr 2003 durchschnittlich 5.732 systemisierte bzw. – wegen Bettensperren verursacht – 5.226 belegbare Betten zur Verfügung. Die Auslastung beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf 98,0 Prozent der belegbaren Betten. 2003 erfolgten 3.332 Neuaufnahmen.

Der Krankenanstaltenbereich war 2003 geprägt durch die zunehmend interdisziplinäre Zusammenarbeit von mehreren Fachrichtungen, etwa in

der Verwendung gemeinsamer Anamnesebögen oder in der Bildung von Kompetenzzentren für Prävention, Diagnostik und Therapie von Patient/innen mit bestimmten Krankheitsbildern wie z. B. für Brustkrebspatientinnen, onkologische Patient/innen, angiologische Patient/innen oder auch Schlaganfallpatient/innen. Viel Arbeit wurde auch in die Steigerung der Pflegeprozessqualität (u. a. durch Überarbeitung und Einsatz von Pflegestandards) und in die Verbesserung des Entlassungsmanagements in Bezug auf die Versorgungskontinuität nach dem stationären Aufenthalt von Patient/innen investiert.

Ebenso wurden **Patient/innenbefragungen** durchgeführt, die zum überwiegenden Teil sowohl den Krankenanstalten als auch den Geriatriezentren eine hohe bis sehr hohe Patient/innenorientierung attestieren. Insbesondere in den Geriatriezentren wurden diese ergänzt um Angehörigen- aber auch Mitarbeiter/innenbefragungen, aus denen Maßnahmen in der Personalentwicklung und Prozessveränderungen abgeleitet werden konnten. Die Fort- und Weiterbildung wird neben der laufenden Verbesserung der innerbetrieblichen Kommunikation besonders in den Geriatriezentren als wichtige Investition in zufriedene Mitarbeiter/innen als Grundpfeiler für den Erfolg in der Patient/innenbetreuung gesehen. Als ein weiterer Eckpfeiler in der Patient/innenorientierung erfolgt der laufende Ausbau eines möglichst breiten Angebots an Freizeitaktivitäten und Veranstaltungen, teilweise unter der Einbeziehung von Angehörigen.

Durch die Inbetriebnahme des Neubaus des Geriatriezentrums Favoriten, das im Verbund mit dem Kaiser-Franz-Josef-Spital das neue SMZ-Süd bildet, erfolgte die Erweiterung des Geriatriebereiches um einen weiteren Standort mit einer Kapazität von 192 Betten in acht Wohnbereichen mit modernster Ausstattung ausschließlich mit Ein- und Zweibettzimmern mit Nasszelle, Kühlschrank, Telefon- und TV-Anschluss.

In der **Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien – Universitätskliniken (TAU)** werden das Allgemeine Krankenhaus, die Universitätskliniken und mit einem Affiliierungsvertrag das St. Anna Kinderspital geführt, wobei mittelfristig eine rechtliche Ausgliederung des AKH erfolgen soll.

Im Jahr 2003 standen in der TAU durchschnittlich 2.210 systemisierte bzw. 1.941 belegbare Betten zur Verfügung. Mit 96.844 Aufnahmen inklusive Eintagespflegen und Begleitpersonen konnte eine Auslastung von 83,1 Prozent der belegbaren Betten erreicht werden. Die Nachfrage in den Ambulanzen hat sich 2003 auf insgesamt knapp 1,4 Mio. Besuchen belaufen.

Im medizinischen Bereich hat das AKH mit der **weltweit ersten Zungentransplantation** sowie der erfolgreichen Entbindung und Trennung von siamesischen Zwillingen mit gemeinsamer Bauchdecke und -organen auch medial auf sich aufmerksam gemacht. In der Unfallchirurgie wurde

mit dem Einsatz einer neuen Substanz die Knochenbruchheilung von Patienten mit schlechten Heilungsprognosen kurzfristig verbessert und in der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten wurde mit einer neuen Operationstechnik Kindern und Erwachsenen mit hochgradigen Fehlbildungen im Bereich des äußeren Ohres bzw. des Mittelohres mit einem einzigen Eingriff ein annähernd normales Hörvermögen eröffnet. Neben diesen Beispielen der Spitzenmedizin sind insbesondere Leistungssteigerungen schwerpunktmäßig in der Kardiologie und Onkologie anzuführen, die sich auch in einer entsprechenden budgetären Belastung niederschlagen.

In den Universitätskliniken des Allgemeinen Krankenhauses ist die Forschung und Entwicklung konzentriert. Die Leistungen wurden vom Bund im Jahr 2003 als Klinischer Mehraufwand in der Höhe von knapp 52,9 Mio. EUR abgegolten.

Die **Teilunternehmung Technische, wirtschaftliche und sonstige Serviceleistungen (TWS)** führt diverse Dienststellen als Serviceeinheiten vorwiegend für die Einrichtungen der ersten beiden Teilunternehmungen mit Schwerpunkt Recht, Organisations- und Personalentwicklung, Bildung und Beratung, EDV, Technik, Bau, Umweltschutz, Einkauf, Wäsche und Reinigung, die teilweise auch Dienstleistungen KAV-extern anbieten.

Die Abdeckung der komplementären Dienstleistungsbereiche ist vielfältig. So hat im Bereich Recht schwerpunktmäßig die Schadensabwicklung bei Medizinschäden und die Beratung im Vergabewesen qualitativ und quantitativ stark zugenommen. 2.706 Mitarbeiter/innen (inkl. Schüler/innen der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen) wurden 2003 im EDV-Ausbildungszentrum geschult, 2.105 Mitarbeiter/innen haben sonstige Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen. Das Datawarehouse als zentrale Informationsbasis im KAV wurde um die Daten im Bereich Personal und Finanzen ergänzt. Die elektronische Patientenakte wurden um digitale Bilddaten erweitert und ermöglichen dadurch eine umfassende Information für die behandelnden Ärzt/innen. Im Bereich Arbeitnehmer-, Brand- und Katastrophenschutz wurden 104 Löschübungen abgehalten, an denen 2.500 Personen teilnahmen. 2003 wurden in allen Anstalten **Umwelteams** eingeführt und zur strategischen Umweltplanung ein ständiger Umweltausschuss gegründet. Durch das Forum Einkauf konnte bei einem Vergabevolumen von 29,8 Mio. EUR Einsparungen in Höhe von 3,7 Mio. EUR erzielt werden. In der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung wurden im Jahr 2003 mehr als 7.000 Tonnen Wäsche gewaschen, was einem Anteil von mehr als 50 Prozent der gesamten Wäsche im KAV entspricht.

Im Berichtsjahr waren rund 32.000 Mitarbeiter/innen im **Personalstand des KAV**. Dabei nimmt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten gemäß dem langfristigen Trend weiterhin zu. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Ärzt/innen des

AKH (ca. 1.500) von der Medizinischen Universitätsklinik Wien getragen und wären zur Abrundung der Gesamtbetrachtung in Bezug auf die Leistungsdaten dem Personalstand des KAV hinzuzurechnen.

Der **finanzielle Rahmen** für die betriebliche Tätigkeit des KAV ist einerseits durch ein mit der Unternehmenswerdung 2002 erstelltes Finanzierungsübereinkommen sowie definierte Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse als auch durch die Einnahmen aus der Leistungsabrechnung mit dem WIKRAF gegeben. 2003 konnten Einnahmen in Höhe von 2,11 Mrd. EUR erzielt werden, denen jedoch ausgabenseitig 2,25 Mrd. EUR, davon allein 1,29 Mrd. EUR für Personalausgaben, gegenüber stehen. Auf Grund der Änderung von externen Rahmenbedingungen werden die finanziellen Ressourcen durch außerordentliche Rücklagenauflösungen jedoch zunehmend geringer, was vermehrte Anstrengungen in der Budgetdisziplin erfordert.

Investitionen

Für das Planjahr 2003 wurde ein Investitionsplan gemäß § 17 des Statuts Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund“ erstellt. Die Nettoinvestitionssumme der getätigten Investitionen für 2003 betrug ca. 105,8 Mio. EUR.

Neben den laufenden Renovierungsarbeiten inklusive der Anhebung der Hotelkomponente im Stationsbereich und Reinvestitionsmaßnahmen in der Medizintechnik lagen die Investitionsschwerpunkte 2003 auf dem Abschluss der Bauprojekte Neubau des Geriatriezentrums Favoriten sowie dem Neubau der „Cook & Chill“-Küche im Sozialmedizinischen Zentrum Süd, Neubau der Küche im Wilhelminenspital und der Neubau von drei Operationssälen im Kaiserin-Elisabeth-Spital. Zur Verbesserung der OP-Infrastruktur und Anpassung an hygienische Standards werden im Pavillon 30 des Wilhelminenspitals die vier Operationssäle generalsaniert. Im Otto-Wagner-Spital erfolgte 2003 die Fortsetzung des Stationsumbaus im Pavillon Austria sowie die Aufnahme der Generalsanierung der Pavillons 13 und 26 und der Küche des ehemaligen Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe für das gesamte Otto-Wagner-Spital mit Pflegezentrum. Zusätzlich zu den für die Aufrechterhaltung des Betriebs der Anstalten des KAV erforderlichen Maßnahmen wurde die Renovierung der Kirche zum Heiligen Leopold im Otto-Wagner-Spital als Beitrag zur Erhaltung eines wichtigen Denkmals der Wiener Jugendstilkunst intensiv fortgesetzt.

Im Rahmen der Beschlüsse der 62. und 64. ARGE erfolgte 2003 die Weiterführung der Baumaßnahmen im Allgemeinen Krankenhaus – Universitätsklinik.

Ausbildung

Der KAV investiert viel in die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen. Die Ausgaben für den Betrieb der Schulen und Akademien betragen im

Berichtsjahr ca. 45 Mio. EUR. 2003 wurde darüber hinaus eine Ausbildungsoffensive mit Erhöhung der Neuaufnahmen in nahezu allen Bereichen der Gesundheitsberufe gestartet, die einem zukünftig drohenden Mangel an qualifiziertem Personal entgegenwirken soll. Die Aufnahmen aus dem großen Bewerberkreis erfolgten nach jeweils eingehender Eignungstestung.

Im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege werden insgesamt 2.100 Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten. An den zehn Schulen für Allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege wurden im Jahr 2003 insgesamt 677 Bewerber/innen aufgenommen und 418 Personen haben die Ausbildung zur/zum diplomierten Gesundheits- und Krankenschwester/-pfleger erfolgreich absolviert. Im KAV ist eine Schule ausschließlich für die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege zuständig. Im Jahr 2003 wurden 34 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 26. Weiters wurden in den zwei Schulen für Psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege 58 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 36.

Zusätzlich werden Pflegehilfelehrgänge durchgeführt, an 106 Pflegehelfer/innen konnte im Jahr 2003 das Zeugnis über eine erfolgreich absolvierte Ausbildung übergeben werden und 197 Bewerber/innen wurden neu aufgenommen. In der Hebammenakademie stehen 24 Ausbildungsplätze im 3-Jahres-Rhythmus zur Verfügung. Der 2003 laufende Lehrgang schließt 2004 ab.

Der Wiener Krankenanstaltenverbund führt 10 Akademien für den **gehobenen medizinisch-technischen Dienst** an vier Standorten (AKH, Wilhelminenspital, Kaiser-Franz-Josef-Spital, Krankenhaus Lainz) sowie eine Schule für den



Die neue Cook & Chill-Küche im Wilhelminenspital garantiert eine hohe Speisenqualität für Patient/innen und Mitarbeiter/innen.

Gesundheits- und Spitalswesen

medizinisch-technischen Fachdienst am AKH. Im Jahr 2003 standen im Rahmen der Ausbildungs-offensive für Neuaufnahmen 343 Ausbildungs-plätze für die sieben Sparten der gehobenen medizinisch-technischen Dienste sowie 50 Aus-bildungsplätze für den medizinisch-technischen Fachdienst zur Verfügung.

Insgesamt gab es 2.147 Bewerbungen für den

- Physiotherapeutischen Dienst,
- Logopädisch-phoniatrisch-audiologischen Dienst,
- Ergotherapeutischen Dienst,
- Medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst,
- Radiologisch-technischen Dienst,
- Orthoptischen Dienst und
- Diätendienst und Ernährungsmedizinischen Beratungsdienst.

Den größten Bewerberandrang gab es in der Sparte Physiotherapie mit 979 Bewerbungen für 132 Ausbildungsplätze. Die Absolventenzahl im gehobenen Medizinisch-technischen Bereich betrug 2003 275 diplomierte Personen. Im Bereich Medizinisch-technischer Fachdienst haben 29 Personen ihre Ausbildung abgeschlossen.